

1957/AB XX.GP

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat
Gredler, Schmidt und Partnerinnen betreffend die
österreich. Haltung zur Zukunft Hongkongs
(Zl. 2008/J-NR/1997 vom 18. 2. 1997)

Die Abgeordneten zum Nationalrat Gredler, Schmidt und Partnerinnen haben am 18.2. 1997 unter der Nr. 2008/J-NR/1997 an mich eine schriftliche Anfrage betreffend die österreichische Haltung zur Zukunft Hongkongs gerichtet, welche den folgenden Wortlaut hat:

- "1. Wie schätzen Sie die Menschenrechtssituation in Hongkong nach dem 1. Juli 1997 ein?
2. Welche Initiativen haben Sie im Rahmen der EU ergriffen oder werden Sie noch ergreifen, um eine Beschneidung der Bürger- und Menschenrechte der Bewohner Hongkongs zu verhindern?
3. Welche Initiativen haben Sie bilateral mit der Volksrepublik China ergriffen oder werden Sie ergreifen, um einen Abbau der Menschenrechte in Hongkong zu verhindern?
4. Stimmen Sie mit der Analyse des "Economist" betreffend Inaktivität der europäischen Regierungen bezüglich Hongkongs überein? Wenn nein, warum nicht, und was haben Sie bisher getan, um diesen Eindruck zu entkräften?
5. Stimmen Sie der Meinung Martin Lees zu, daß Europa in erster Linie vom chinesischen Markt fasziniert sei und Menschenrechte hintanstelle? Wenn nein, was haben die österreichischen Regierungsvertreter bei ihren zahlreichen Besuchen in Peking im Laufe der letzten zwei Jahre für die Menschenrechte in diesem Land unternommen?

6. Welche Konsequenzen haben Ihren Informationen nach Vertreter nicht - chinafreundlicher Parteien (wie der Demokratischen Partei Hongkongs) und ihre Anhänger nach der Machtübernahme der Volksrepublik zu befürchten? Welche Maßnahmen wird die EU bzw. Österreich zu deren Schutz ergreifen?
7. Beim EU - ASEAN - Gipfel in Singapur betonten Sie, daß "Business ohne Menschenrechte nicht möglich" (KURIER, 17.2.1997) sei. Planen Sie daher Wirtschaftssanktionen gegenüber der VR China, wenn die geplanten Verletzungen der Menschenrechte tatsächlich umgesetzt werden?
8. Können Sie abschätzen, wie viele Flüchtlinge Hongkong nach dem 1. Juli 1997 verlassen müssen und wie viele davon nach Großbritannien bzw. in den übrigen EU - Raum gelangen werden?
9. Wird die EU Hongkong - Flüchtlinge aufnehmen bzw. eine "Quotenlösung" für Hongkong -Flüchtlinge ausarbeiten und werden Sie sich dafür einsetzen? Wenn nein, warum nicht?
10. Wird Österreich Hongkong - Flüchtlinge grundsätzlich aufnehmen, obwohl diese in der Regel über ein "Drittland" einreisen müßten?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1:

Die chinesische Regierung hat wiederholt bekräftigt, nach der Übergabe an die Volksrepublik China die rechtliche und administrative Sonderstellung Hongkongs zu respektieren. Mit Ausnahme von Außen- und Verteidigungspolitik wurde Hongkong auf 50 Jahre das Recht erteilt, seine Angelegenheiten selbst zu regeln.

Der jüngste Beschluß des chinesischen Parlaments, Teile der in der "Bill of Rights" verbrieften bürgerlichen Grundrechte außer Kraft zu setzen, sind allerdings Anlaß zur Sorge. In diesem Sinn äußerte sich auch die Internationale Juristenkommission, die an die UNO appellierte, die Entwicklung in Hongkong nach der Übergabe genau zu beobachten und den antikommunistischen Kräften Unterstützung zu gewähren.

Zu 2:

Beim Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EU in Dublin im Dezember 1996 hat die EU erklärt, daß sie nach Kräften bemüht sein wird, zu einem reibungslosen Übergang Hongkongs an die Volksrepublik China beizutragen. Der Europäische Rat wies auch darauf hin, daß die EU den Sonderstatus Hongkongs und seiner Bürger, einschließlich ihres Rechts auf repräsentative demokratische Institutionen, voll unterstützt. Der chinesische Außenminister Qian Qichen machte beim ASEM-Außenministertreffen in Singapur im Februar 1997 außerdem die Zusage, innerhalb von zwölf Monaten nach der Übergabe Hongkongs an China freie Wahlen abzuhalten, an welchen alle Bewohner Hongkongs teilnehmen können.

Zu 3:

Bei meinen Zusammentreffen mit dem chinesischen Außenminister Qian Qichen am Rande der UN-Generalversammlung in New York im Herbst 1996 und auch beim ASEM - Außenministertreffen in Singapur im Februar d. Js. habe ich die Gelegenheit genutzt, mit ihm über Hongkong zu sprechen. Dabei wurde mir von Außenminister Qian Qichen versichert, daß China die freie Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Hongkongs gemäß dem Grundsatz "Ein Land - zwei Systeme" unangetastet lassen wird. Auch der Leiter des Hongkong - Macao-Büros des chinesischen Staatsrates, Minister Lu Ping, sicherte anlässlich seines kürzlichen Besuches in Österreich in seinem Gespräch mit Staatssekretärin Ferrero-Waldner am 21. März d.Js. die Erhaltung des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systems Hongkongs zu. Der im Basic Law (Verfassung Hongkongs) garantierte hohe Grad an Autonomie werde von der Pekinger Zentralregierung genau beachtet werden. Hongkong werde auch in Zukunft von seinen eigenen Bürgern regiert werden und über sein eigenes Gerichts- und Polizeiwesen verfügen.

Zu4:

Der Status von Hongkong und dessen zukünftige verfassungsrechtliche Struktur wurden in erster Linie durch den chinesisch-britischen Grundlagenvertrag von 1984 geregelt. Die Modalitäten der Rückgabe Hongkongs an China wurden somit in erster Linie auf bilateraler Ebene zwischen Großbritannien und China festgelegt. Großbritannien informiert seine EU-Partner jedoch im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der

EU (GASP) regelmäßig über alle wichtigen Entwicklungen in dieser Angelegenheit. Dabei kann sich London auf die Solidarität und Unterstützung der EU - Partnerländer stützen, wie in der Erklärung beim Europäischen Rat in Dublin (13./14. Dez. 1996) ausdrücklich festgehalten wurde.

Die britischen Bestrebungen, die Zukunft Hongkongs zu einer internationalen Frage zu machen, haben insofern Früchte getragen, als dieses Thema bereits von Peking selbst bei internationalen Treffen angesprochen wird. Die von den EU -Mitgliedsländern mitgetragene Strategie, das Thema Hongkong bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit in den Beziehungen mit der VR China anzusprechen, hat Peking von seiner bis vor kurzem verfolgten Linie abgebracht, in dieser Frage keine äußere "Einmischung" zu akzeptieren.

Zu 5:

Österreich mißt in seinen Beziehungen mit der VR China dem politischen Dialog und der Achtung der Menschenrechte besondere Bedeutung bei. Diese Grundhaltung wurde von österreichischen Regierungsvertretern sowohl bei ihren Besuchen in Peking als auch bei Gesprächen mit chinesischen Delegationen in Österreich stets zum Ausdruck gebracht . Diese Haltung zeigt sich darüber hinaus an der engagierten Rolle Österreichs in allen multilateralen Gremien, in welchen Fragen der Menschenrechte in China behandelt werden. Dies gilt insbesondere für die intensive Mitwirkung Österreichs bei der jährlichen Tagung der UN-Menschenrechtskommission in Genf. Auch seitens der EU werden zu Menschenrechtsproblemen in China immer wieder Erklärungen verabschiedet und Demarchen durchgeführt, an deren Vorbereitung Österreich aktiv beteiligt ist.

Zu 6:

Für den Weiterbestand des vom britischen Gouverneur Chris Patten nach seinem Amtsantritt 1992 eingeführten demokratischen Systems ist die Internationalisierung der Hongkong - Frage von großer Bedeutung. So wurde die Zukunft Hongkongs beim ersten Besuch der neuen US-Außenministerin Albright in Peking von chinesischer Seite selbst angesprochen, Peking hat großes Interesse an einer stabilen Entwicklung Hongkongs, v.a. um das Vertrauen der Handelspartner in eine kontinuierliche Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems aufrecht zu erhalten. Da politische Unruhen das angestrebte ruhige Weiterlaufen der Wirtschaft in Frage stellen würden, liegt es auch in

chinesischem Interesse, Vertragstreue gegenüber den mit Großbritannien geschlossenen Verträgen und Vereinbarungen zu beweisen. In diesem Sinne ist auch die Zusicherung der Abhaltung von Wahlen zu sehen, die der chin. Außenminister Qian Qichen beim ASEM - Außenministertreffen im Februar seinen EU - Kollegen gegeben hat. An den Bürgern Hongkongs liegt es dann, für Hongkong eine neue Gesetzgebende Versammlung zu wählen. Die Umsetzung der Gemeinsamen Sino - Britischen Erklärung, in der das Weiterbestehen der Hongkonger Institutionen festgeschrieben ist, wird bis ins Jahr 2000 von der Sino - Britischen Verhandlungsgruppe überwacht werden.

Der britische Außenminister Malcolm Rifkind berichtete im Anschluß an sein Zusammentreffen mit dem chinesischen Außenminister Qian Qichen Mitte Februar 1997, daß nach den jüngsten Spannungen die Stimmung in der Bevölkerung Hongkongs positiv und die Wirtschaftszahlen sehr erfreulich seien. Was den Grundrechtskatalog betrifft, werden nicht nur Großbritannien, sondern auch alle EU - Partner nach dem 1. Juli 1997 sehr genau auf die Einhaltung der von China gegebenen Zusagen achten.

Zu 7..

Österreich wird sich sowohl im Rahmen der EU wie auch in den Vereinten Nationen für die Einhaltung der Menschenrechte in Hongkong einsetzen. Der Idee von Wirtschaftssanktionen stehe ich reserviert gegenüber: Beispiele aus Vergangenheit und Gegenwart zeigen, daß Wirtschaftssanktionen gegen ein Land sich oft nicht als zielführend erweisen, zumal sie meist die Bevölkerung und weniger das jeweilige Regime treffen.

Zu 8:

Nein.

Zu 9:

Eine Entscheidung über Quotenlösungen zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Hongkong wurde vom Vereinigten Königreich bisher nicht erbeten. Sollte die Frage in den zuständigen Gremien der EU aufgeworfen werden, wird sich Österreich aus grundsätzlichen Erwägungen einer Quotierung entsprechend der relativen Größe der einzelnen Mitgliedstaaten der Union nicht widersetzen, da Österreich auch bisher im

Zusammenhang mit der Aufnahme etwa von Kriegsvertriebenen aus Bosnien für eine solidarische Problemlösung im Rahmen der Europäischen Union eingetreten ist.

Zu 10:

Die Entscheidung über Asylanträge und die Aufnahme von Flüchtlingen fällt gemäß den Bestimmungen des Asylgesetzes in die Zuständigkeit des Bundesministers für Inneres.

Ich bitte daher um Verständnis, daß ich auf diese Frage nicht näher eingehe.